

A12 NEU: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: DIE LINKE. Schöneiche bei Berlin, Kreisvorstand DIE LINKE. Oder-Spree

Einführung einer „Neuen-Quote“ auf Landeslisten

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1176 Bei der Aufstellung von Landeslisten der Partei DIE LINKE zu Bundes- und Landtagswahlen im
1177 Land Brandenburg sind die Listenplätze Nr. 3, 6, 9, 12 usw. Bewerber*innen vorbehalten, die
1178 bisher kein Mandat im Landtag, Bundestag oder Europäischen Parlament oder eine
1179 hauptamtliche Wahlfunktion in der Partei DIE LINKE innegehabt haben.

Begründung:

Die Geschlechterquotierung ist bei der Aufstellung von Wahllisten der Partei DIE LINKE nicht mehr wegzudenken. Dem liegt die Einsicht zu Grunde, dass Frauen im politischen Raum bestimmten gruppenbezogenen Benachteiligungen ausgesetzt sind und eine Quote als besonderes Förderinstrument dem Zweck dienen kann, ihnen eine gleichberechtigte politische Teilhabe zu ermöglichen. DIE LINKE rühmt sich berechtigterweise dafür, in ihren Fraktionen einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil aufzuweisen. Ob dieser auch ohne die Geschlechterquotierung erreicht werden könnte ist allerdings fraglich. Die Anwendung der Quote wird deshalb sinnvollerweise fortgesetzt.

Neben den Frauen gibt es eine weitere Gruppe, die bei der Aufstellung von Wahllisten häufig strukturellen Nachteilen unterliegt – Bewerber*innen, die bisher kein Mandat und keine hauptamtliche Parteiwahlfunktion ausgeübt haben. Sie haben zwangsläufig keine eigenen Erfahrungen als Abgeordnete in einem parlamentarischen Betrieb, sind häufig bisher ausschließlich ehrenamtlich politisch aktiv gewesen. Gegenüber gewesenen Abgeordneten oder hauptamtlichen Parteifunktionär*innen haben sie eklatante „Wettbewerbsnachteile“ hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur (fach-)politischen Profilierung, zum systematischen Netzwerken u. a. m. Ein politischer Quereinsteiger oder eine bisher auf landespolitischer Bühne kaum in Erscheinung getretene Genossin haben in der direkten Konkurrenz mit „altgedienten“ Abgeordneten bei der Besetzung aussichtsreicher Listenplätze oft kaum eine Chance.

Doch sowohl die Demokratie als auch ein vitale, moderne Linkspartei leben von regelmäßiger politischer und personeller Erfrischung. Ein Generationenwechsel ist zudem viel einfacher zu gestalten, wenn er nicht bruchartig mit einem Mal, sondern kontinuierlich erfolgt.

Eine „Neuen-Quote“ für jeden dritten Listenplatz würde bedeuten, dass mehr Menschen ohne Parlaments- und Hauptamtshintergrund eine Chance auf ein Parlamentsmandat bekämen. In jeder Fraktion bzw. Landesgruppe wäre so eine überschaubare personelle Erneuerung von etwa einem Drittel der Mandate garantiert. Ob unsere Wahllisten gleichermaßen erfahrene Abgeordnete und neugierige Neulinge umfassen wäre dann organisatorisch sichergestellt und nicht mehr dem Abstimmungszufall überlassen. Dass jede*r Kandidat*in die Delegierten von ihren persönlichen politischen Zielen und persönlichen Eignung überzeugen muss bliebe unberührt. Eine „Neuen-Quote“ sorgte jedoch für etwas mehr „Waffengleichheit“ unter den Bewerber*innen.